

# beziehungsweise

APRIL 2020

INFORMATIONSDIENST DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTS FÜR FAMILIENFORSCHUNG [WWW.OIF.AC.AT](http://WWW.OIF.AC.AT)

## INHALT

- |   |   |
|---|---|
| <p><b>1 STUDIE</b> Über die Mutterrolle zur Politik?<br/>Gender-Gap in der politischen Partizipation und Repräsentation</p> | <p><b>6 STUDIE</b> „Dreimal weinen und viermal glücklich sein“<br/>Rechtliche Situation von Kinderflüchtlings und ihren Familien</p>  |
| <p><b>5 THEMA</b> Familienforschung <i>Aktuell</i><br/>Nähe und Distanz in Zeiten von Corona</p>                            | <p><b>8 SERVICE</b> <b>termin:</b> Fachkongress für Familienforschung 2021<br/><b>publikation:</b> Warum in Europa Beziehungen scheitern<br/><b>publikation:</b> Illusion der Chancengleichheit</p> |

## STUDIE

## Über die Mutterrolle zur Politik?

### Gender-Gap in der politischen Partizipation und Repräsentation

VON SONJA DÖRFLER

Kaum eine gesellschaftliche Veränderung hat sich mit so ähnlicher Dynamik weltweit vollzogen, wie die im Bereich der politischen Partizipation und Repräsentation von Frauen. Dennoch verfügen Frauen heute weiterhin in keinem Land der Erde über einen ebenso großen politischen Einfluss wie Männer. Im Jänner 2020 war nur rund ein Viertel der Abgeordneten in den Parlamenten weltweit weiblich (data.ipu.org). Frauen stellen zudem nur rund 7 % (2017) der amtierenden Regierungschefs (vgl. Jalalzai u. a. 2017).

Die hier vorgestellte Studie (Dörfler und Kaindl 2019) fokussiert auf den Gender-Gap in politischer Partizipation und politischer Repräsentation. Es wurde versucht, Entwicklungen, Ursachen und Hintergründe der geschlechtsspezifischen Unterschiede zu beleuchten. Die konkreten Fragestellungen umfassten dabei: die Entwicklung des Gender-Gap in politischer Repräsentation auf verschiedenen Ebenen (EU, Bund, Länder, Gemeinden) in den letzten Jahrzehnten in Österreich im Vergleich zu den anderen ausgewählten Ländern (Schweden,

Vereinigtes Königreich, Spanien und Polen). Zudem sollten grundlegende Haltungen zur Politik und (realisierte) politische Partizipationsmöglichkeiten im Geschlechtervergleich in den ausgewählten Ländern untersucht werden. Hierfür wurden Daten der zweiten und siebten Welle des European Social Surveys (ESS) aus den Jahren 2004/2005 und 2014/2015 analysiert, wobei Faktoren identifiziert wurden, welche die Teilhabechancen von Frauen in den Vergleichsländern hemmen oder fördern. Zudem wurden im Rahmen von qualitativen Leitfadenterviews mit österreichischen Kommunalpolitikerinnen die Auswirkungen von gesellschaftlichen, strukturellen und individuellen Rahmenbedingungen auf die Beteiligungschancen von Frauen an politischer Repräsentation auf kommunaler Ebene in Österreich untersucht, wobei die Rolle der Familie explizit im Fokus der Untersuchung stand.

#### Politische Partizipation und Repräsentation

In der wissenschaftlichen Debatte bezeichnet politische Repräsentation die berufliche Beschäftigung mit Politik durch die Ausübung eines Mandats



Dörfler, Sonja; Kaindl, Markus (2019): Gender Gap in der politischen Partizipation und Repräsentation. Ein internationaler Vergleich und die Situation von Frauen in der österreichischen Kommunalpolitik. Wien: Österreichisches Institut für Familienforschung (ÖIF-Forschungsbericht 31).

oder politischen Amtes. Die Definition von politischer Partizipation wandelte sich insbesondere ab den 1960er Jahren stetig. Die Verbreiterung des Konzepts reflektiert nicht nur einen Wandel der Theorie, sondern auch soziale und technologische Entwicklungen. Unter politischer Partizipation werden heute in den Sozialwissenschaften alle Aktivitäten von Bürger/innen subsumiert, die zum Ziel oder den Effekt haben, das Handeln von Regierenden zu beeinflussen; entweder direkt durch das Beeinflussen der Entstehung oder Implementierung von Politik oder indirekt durch die Beeinflussung der Auswahl der Menschen, die diese politischen Maßnahmen umsetzen (u. a. aktive Beteiligung an Wahlen, Sammeln von Unterschriften, Beteiligung an Bürgerinitiativen, sozialen Bewegungen, Demonstrationen oder das Boykottieren von Produkten).

### Frauenanteil steigt mit Vertretungsebene

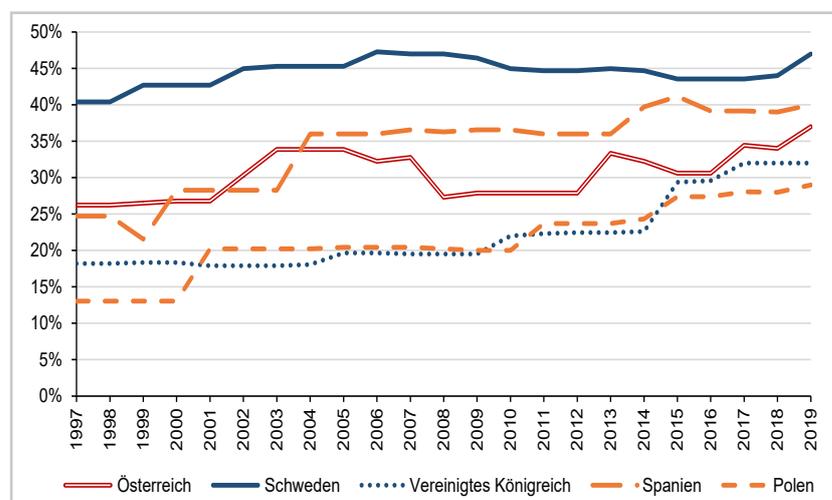
Im österreichischen Nationalrat betrug der Frauenanteil bis Mitte der 1970er Jahre rund 6 %, stieg dann bis 2002 auf rund ein Drittel an und hat sich seither auf diesem Niveau stabilisiert. Im Februar 2019 lag der Anteil in Österreich bei 37 %. Schweden war mit rund 47 % Parlamentarierinnen europäischer Spitzenreiter und Spanien lag mit rund 41 % ebenfalls vor Österreich auf Platz 3 in der EU28. Das Vereinigte Königreich (32 %) und Polen (29 %) hatten geringere Frauenanteile. Seit dem Jahr 2000 gab es die höchsten Anstiege im Vereinigten Königreich, in Spanien und Polen. Diese Länder führten in diesem Zeitraum parteiinterne oder rechtlich verpflichtende Frauenquoten auf den Wahllisten ein, welche sich als durchaus zielführend erwiesen. In Polen gab es die höchsten Steigerungen, wenn auch von einem sehr niedrigen Niveau ausgehend. Da Schweden bereits im Jahr 1997 über der 40 %-Marke beim Frauenanteil lag, bestand ein etwas geringeres Steigerungspotenzial (siehe Abbildung 1).

Auf Ebene der Bundesländer waren 1984 nur in Niederösterreich und Wien Frauen in der Landesregierung vertreten. 2018 gab es in allen Bundesländern Landesrätinnen. Deren Anteil in den Landesregierungen lag zwischen 22 % in Oberösterreich und 50 % in Tirol. In den Landtagen stieg der Frauenanteil insgesamt von rund 12 % (1984) auf 33 % (2018). Im europäischen Vergleich liegt hier (2017) wieder Schweden an der Spitze (48 %) und Polen im unteren Bereich (26 %). Spanien (46 %) und das Vereinigte Königreich (36 %) lagen 2017 knapp vor Österreich.

Bezogen auf das Bürgermeisteramt ist Österreich beinahe europäisches Schlusslicht in Bezug auf den Frauenanteil. 2016 waren in Österreich nur knapp

7 % der Bürgermeister/innen Frauen, in Schweden waren es rund 37 %, in Spanien rund 19 %, im Vereinigten Königreich 15 % und in Polen rund 12 %. Auch bezogen auf das Amt der Gemeinderätinnen liegt Österreich mit 23 % unter dem europäischen Schnitt und hinter den vier anderen Ländern. Eine Ursache für den generell niedrigeren Frauenanteil in diesen Ämtern liegt an der Größe der Wahlkreise und an der Zahl der zu vergebenden Mandate: Je größer der Wahlkreis und je höher die Zahl der Mandate ist, desto höher sind die Chancen für Frauen, gewählt zu werden, und bei den Wahlen zu Bürgermeister/innen ist nur ein Amt zu vergeben.

Abbildung 1: Anteil der Frauen an Parlamentsabgeordneten seit 1997



Quelle: archive.ipu.org/wmn-e/classif.htm; abgerufen am 22.01.2018 und 17.02.2020

Anmerkung: Nationalrat (in Österreich) oder vergleichbare Kammern in den Parlamenten (Unterhaus)

Generell zeigt sich insbesondere für Österreich ein Zusammenhang zwischen der Gebietskörperschaftsebene und dem Frauenanteil in der politischen Repräsentation: Auf Bundesebene ist der Frauenanteil am höchsten, auf Gemeindeebene am niedrigsten.

Setzt man nun die Teilhabe von Frauen an der politischen Repräsentation in Zusammenhang mit der vorherrschenden Betreuungspolitik in den jeweiligen Ländern, so zeigt sich klar, dass Schweden, welches mit seiner Politik zur Auflösung der Geschlechterrollen beiträgt, auch die bei weitem höchsten Frauenanteile in der politischen Repräsentation aufweist. Polen hat – außer auf Kommuneebene – durchwegs die geringsten Frauenanteile. Dies hängt auch eng mit der Geschichte Polens zusammen, wo nach dem Niedergang des Kommunismus die alten sozialen Sicherungssysteme nicht mehr aufrechterhalten wurden und sich Gruppeninteressen von Männern mit antifeministischen Strömungen formierten, die sich unter anderem auch lange gegen Frauenquoten stellten (Rueschemeyer 2001: 8ff.).

## Geringeres Interesse und Engagement

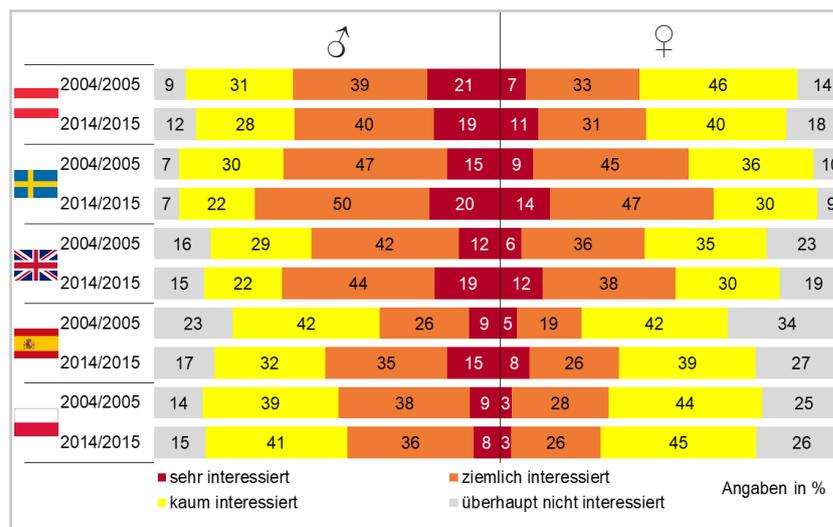
Ob und in welcher Form sich Frauen politisch beteiligen, wird sowohl von individuellen Merkmalen als auch von den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und institutionellen Rahmenbedingungen beeinflusst. Unterschiede zwischen Männern und Frauen treten bereits im grundlegenden Interesse an der Politik auf. Frauen weisen in vielen Ländern ein geringeres Interesse auf als Männer. In allen fünf Vergleichsländern hat sich an diesen Unterschieden in den vergangenen Jahren kaum etwas geändert. So waren in Österreich laut beiden ausgewerteten ESS-Wellen rund 40 % der Männer und rund 60 % der Frauen nicht oder nur gering an Politik interessiert. Dies kann ein Mitauslöser für den geringeren Anteil an Frauen in politischen Ämtern sein. Am interessiertesten waren 2014/15 die Schwed/innen (Männer: 70 %, Frauen: 61 %); hier ist auch der Gender-Gap am geringsten, während er in Polen am größten ist (Männer: 44 %, Frauen: 29 %) (siehe Abbildung 2). Diese Länderunterschiede spiegeln sich auch bei der Einschätzung der eigenen Chancen wider, an Politik zu partizipieren.

Bei der realen politischen Partizipation (Parteiemitarbeit, Teilnahme an Demonstrationen usw., mit Ausnahme der Wahlbeteiligung) sind Frauen in Österreich deutlich weniger aktiv als Männer. In Polen und Spanien ist der Gender-Gap etwas geringer und im Vereinigten Königreich und Schweden sind Frauen und Männer tendenziell gleichermaßen aktiv, wobei die politische Partizipation in Schweden bei beiden Geschlechtern deutlich ausgeprägter ist. Schweden erweist sich im Ländervergleich somit nicht nur bei der politischen Repräsentation, sondern auch bei der politischen Partizipation und beim Interesse an Politik wiederum als jenes Land mit der stärksten Frauenbeteiligung.

Bezogen auf die Mitarbeit in politischen Parteien und in sonstigen Organisationen nähern sich seit 2004/2005 Männer und Frauen einander an. Dieser Gender-Gap reduziert sich aber nicht wegen der Steigerung des Anteils aktiver Frauen, sondern wegen des Rückgangs bei den Männern. Die Angleichung findet insbesondere in Österreich somit nach unten und nicht nach oben statt. Die sinkende Teilnahmereitschaft in der Bevölkerung kann zu Rekrutierungsproblemen bei Parteien führen. Diese Probleme werden auch in den qualitativen Interviews mit den Kommunalpolitikerinnen angesprochen.

**Geringeres Selbstvertrauen und höherer Druck** Politikerinnen sind vielfach einem höheren Druck

Abbildung 2: Politisches Interesse nach Geschlecht 2004/05 und 2014/15



Quelle: ESS-Wellen 2 und 7; eigene Berechnung ÖIF

Anmerkung: Österreich, Schweden, Vereinigtes Königreich, Spanien und Polen im Vergleich

ausgesetzt als Politiker. Die Öffentlichkeit und die Medien sind ihnen gegenüber kritischer, weshalb sie sich verpflichtet fühlen könnten, eine höhere Leistung zu erbringen als Männer. Generell scheint sich die mediale Berichterstattung hier zu unterscheiden: Über Politiker wird ausführlicher berichtet als über Politikerinnen, wie die Literaturanalyse von Dörfler und Kaindl (2019) aufzeigt. Zudem konzentrieren sich die Berichte über Männer in der Politik stärker an der politischen Arbeit selbst, während bei Frauen auch das Aussehen und der familiäre Hintergrund beurteilt werden. Dies zeigt sich auch in den qualitativen Interviews dieser Studie: Frauen, die ein höheres Amt in der Kommunalpolitik anstreben, werden teilweise intensivem Mobbing ausgesetzt, in das auch ihr Privatleben miteinbezogen wird.

Zu dem höheren Erwartungsdruck kommt vielfach auch das geringere Selbstvertrauen von Frauen hinzu. Ein geringes Selbstvertrauen in die eigenen politischen Fähigkeiten stellt für Frauen ein größeres Eintrittshemmnis dar als für Männer. Dies spiegelt sich auch in der quantitativen Untersuchung wider. Demzufolge schätzen Frauen ihre eigenen Partizipationsmöglichkeiten geringer ein als Männer. Mit dem Alter steigen diese Unterschiede an. Veränderungen in der Sozialisation im Kindesalter und ein gesellschaftlicher Wertewandel können diese positivere Einschätzung der Chancen bei jüngeren Frauen erklären. In den qualitativen Interviews jedenfalls erweist sich das mangelnde Selbstvertrauen als häufiger Begleiter in der politischen Laufbahn der österreichischen Kommunalpolitikerinnen und verhindert manchmal auch den Aufstieg in ein höheres politisches Amt.

Fehlende weibliche Vorbilder und eine schlechte politische sowie außerpolitische Vernetzung, beispielsweise über Vereine in der Wohngemeinde, können ebenfalls die Einstiegschancen senken. In der qualitativen Untersuchung wiederum zeigt sich, dass Frauen oft über ein Vereinsengagement zur Kommunalpolitik finden, das heißt jene wenigen Frauen, die diese Vernetzung mitbringen, haben gute Einstiegschancen.

### **Einstiegsthemen: Kinderbetreuung und Familie**

Das Ausmaß des Politikinteresses unterscheidet sich klar zwischen Männern und Frauen. Wie groß aber die Interessensunterschiede männlicher und weiblicher Politiker/innen an den verschiedenen politischen Themenfeldern sind, geht aus der Literaturanalyse von Dörfler und Kaindl (2019) nicht eindeutig hervor. Die qualitative Untersuchung in dieser Studie deutet auf solche Unterschiede hin. Die befragten Kommunalpolitikerinnen steigen vielfach über Themen, die sie aktuell persönlich betrafen und daher von besonderer Bedeutung waren, in die Politik ein. Diese Themen sind zumeist Kinderbetreuung und die Familie. Die Erfahrungen und Interessen, die sich aus der Mutterrolle heraus ergeben, führen bei den Erzählpersonen oftmals in ein kommunalpolitisches Amt. Andererseits werden diese Themen aus einer geschlechtsspezifischen Zuschreibung heraus Frauen auch gezielt von den männlichen Kollegen überlassen. Zum Teil treten bei den Einstiegsthemen auch Parallelen zum Zivilberuf auf, was ebenfalls auf individuelle Interessen und Kompetenzen schließen lässt. Übernehmen Frauen eher männerdominierte Themenbereiche in der österreichischen Kommunalpolitik, müssen sie teilweise große Widerstände von den involvierten männlichen Akteuren überwinden.

### **Vereinbarkeit in der Politik**

Für Österreich – mit dem niedrigsten Anteil an Bürgermeisterinnen unter den fünf Vergleichsländern – zeigt sich in der qualitativen Untersuchung, dass die weibliche Zuständigkeit für Haushalt und Kinderbetreuung, die Vereinbarkeit von einem politischen Amt mit einer Erwerbstätigkeit erschwert und zu einer Dreifachbelastung führt, die Frauen oftmals scheuen. Angesichts der teilweise sehr geringen finanziellen Abgeltung des (Vize-)Bürgermeister/innenamts in Österreich stellt dies ein zusätzliches Hemmnis für Frauen dar, überhaupt erst zu kandidieren. Männer hingegen können aufgrund der innerfamiliären Aufgabenteilung zwischen den Geschlechtern eher eine Erwerbstätigkeit mit einem kommunalpolitischen Amt vereinbaren.

Die schlechten Vereinbarkeitschancen von Familie und politischem Amt sind durch die vielen Sitzungen und Veranstaltungen am Abend oder am Wochenende verschärft. Liegt dann die Hauptzuständigkeit für die Haushaltsarbeit und die Kinder bei den Frauen, ist eine Politiklaufbahn nur mit hohem organisatorischem Aufwand möglich. Traditionelle Rollenbilder und die daraus resultierende Aufgabenteilung innerhalb der Familie führen zu einer teils enormen Gesamtarbeitszeitbelastung. Aus diesem Grund haben viele Politikerinnen keine kleinen Kinder, sondern starten ihre Karriere erst später. In den qualitativen Interviews zeigt sich diese Tendenz ebenso. Die Betreuungspflichten können dazu führen, dass ein Einstieg in die Politik auf die Lebensphase nach der Kinderbetreuung aufgeschoben oder ein Aufstieg in eine höhere politische Funktion gar nicht angestrebt wird. Zudem ist die politische Laufbahn bei Müttern kleinerer Kinder oft nur durch konkrete und umfassende Hilfestellung aus der Herkunftsfamilie möglich.

### **Motivation für Einstieg in die Politik**

Externe Motivation spielt beim Politikeinstieg und bei der politischen Karriere von Frauen generell eine mitentscheidende Rolle. Das zeigt sich in den qualitativen Interviews und auch in früheren Studien: Frauen wünschen sich oft eine persönliche Einladung und Ermunterung, um politisch aktiv zu werden. Sie werden häufig von Bürgermeister/innen oder Gemeinderät/innen ermuntert beziehungsweise überredet zu kandidieren und treffen diese Entscheidung selten gezielt. Auch die Herkunftsfamilie kann Motivator für den Einstieg in die Kommunalpolitik sein. Das zeigt sich sowohl in der Literaturanalyse als auch in der qualitativen Untersuchung dieser Studie. Das politische Interesse in der Familie und die aktive politische Teilhabe – insbesondere von Männern – der Herkunftsfamilie können demnach einen Politikeinstieg von Frauen begünstigen. Damit lassen sich insgesamt sowohl hemmende als auch fördernde Effekte von Familie auf die Beteiligung und den Einstieg von Frauen in die Kommunalpolitik feststellen. ■

### **Kontakt**

sonja.doerfler@oif.ac.at

### **Zur Autorin**

Dr. Sonja Dörfler ist Soziologin und seit 2001 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Österreichischen Institut für Familienforschung an der Universität Wien.

### **Literatur**

- Dörfler, Sonja; Kaindl, Markus (2019): Gender Gap in der politischen Partizipation und Repräsentation. Ein internationaler Vergleich und die Situation von Frauen in der österreichischen Kommunalpolitik. Wien: Österreichisches Institut für Familienforschung. ÖIF-Forschungsbericht 31.
- Jalalzai, Farida; Bolzendahl, Catherine; Alexander, Amy C. (2017): Frauen übernehmen Macht. Zur politischen Partizipation von Frauen weltweit. In: WeltTrends. Das außenpolitische Journal 125 (25), S. 24–28.
- Rueschemeyer, Marilyn (2001): Frauen und Politik in Osteuropa: 10 Jahre nach dem Zusammenbruch des Sozialismus. In: Berliner Journal für Soziologie 11 (1), S. 7–18.

# Nähe und Distanz in Zeiten von Corona

VON SABINE BUCHEBNER-FERSTL

In jeder Beziehung ist es von Wichtigkeit, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Nähe und Distanz zu etablieren. Dies gilt ganz im Besonderen für die Beziehungen innerhalb der Familie. Das Bedürfnis nach Kontakt und Verbundenheit einerseits und jenes nach Abgrenzung und Autonomie andererseits stehen dabei nicht im Widerspruch, sondern bedingen einander.

Die aktuelle Situation ist mit tiefgreifendem Einfluss auf die Nähe-Distanz-Regulation verbunden und macht eine Neudefinition auf vielen Ebenen nötig. Erschwerend kommt hinzu, dass dieses Ereignis nicht vorhersehbar war, was eine langsame Akklimatisierung an die veränderten Lebensumstände unmöglich gemacht hat.

## Anpassung an die Ansteckungsgefahr

Der Begriff der Nähe beinhaltet eine physische und eine emotionale Komponente. Die physische Komponente der Nähe erfordert in der aktuellen Situation vorwiegend Anpassungsleistungen und ist mit einem relativ geringen Handlungsspielraum assoziiert. Auf der einen Seite geht es um die Vermeidung von räumlicher Nähe zum Beispiel zu den Großeltern unter dem Aspekt der Ansteckungsgefahr, auf der anderen Seite verbringen Familien ungewohnt viel Zeit miteinander in einem sehr begrenzten räumlichen Umfeld.

Dem gegenüber ist die emotionale Komponente der Nähe von äußeren Umständen zwar mitbeeinflusst, jedoch – bei Erwachsenen und älteren Kindern – grundsätzlich nicht an physische Präsenz gebunden, sondern kognitiv repräsentiert. In der Sozialpsychologie wird „Nähe“ als relativ stabiles Beziehungsmerkmal verstanden, das sich auf persönliche Kommunikation und positive Emotionen gründet.

Unter dem Diktat der erzwungenen physischen Distanz tun viele Menschen intuitiv das Richtige, nämlich sich der emotionalen Nähe zu Familie und Freunden zu versichern und diese zu stärken, sei dies über Telefongespräche, WhatsApp-Nachrichten oder Skype-Kontakte. Positive Emotionen werden nicht zuletzt in Form eines Sich-Sorgens und Sich-Kümmerns transportiert, welches dem Gegenüber vermittelt, dass er oder sie wichtig ist und dass sein oder ihr Wohlergehen einem am Herzen liegt: „Oma, ich schau auf dich!“ In diesem Sinne beinhaltet jene erzwungene physische Distanz das Potenzial, Familienmitglieder sogar näher zusammenzubringen.

Umgekehrt vermag die emotionale Nähe innerhalb der Familie im Idealfall auch von der gleichsam verordneten physischen Nähe zu profitieren: Eltern und Kinder verbringen wesentlich mehr Zeit miteinander, welche für Gespräche und gemeinsame (Indoor-)Aktivitäten wie Gesellschaftsspiele genutzt werden kann.

## Nähe und Distanz neu definieren

Dennoch greift die ausschließlich positive Sichtweise selbstverständlich zu kurz. So kann etwa räumliche Beengtheit, die wenig Rückzugsmöglichkeiten erlaubt, als ein Risikofaktor für die erfolgreiche Neudefinition von Nähe und Distanz identifiziert werden. Wird die berufliche Tätigkeit im Rahmen des Home-Office weitergeführt, so stellt sich das persönliche Bedürfnis nach Abgrenzung gleichzeitig als von außen vorgegebene Notwendigkeit dar. Gerade bei Kleinkindern fällt es schwer zu vermitteln, dass ein Elternteil zwar anwesend, aber dennoch nicht verfügbar ist, da physische und emotionale Nähe in diesem Alter noch eine weitgehende Einheit bilden. Wo immer möglich, sollten andere Personen, etwa der zweite Elternteil, hier unterstützend agieren.

Faktoren wie Ängste, Überforderung und finanzielle Sorgen bleiben zumeist auch nicht ohne Einfluss auf die Beziehungsebene. Für betroffene Eltern stellt es eine besondere Herausforderung dar, den Kindern dennoch die gerade in dieser Situation so dringend benötigte emotionale Nähe zu vermitteln. Dies gilt im Besonderen für alleinerziehende Elternteile, die in dieser Situation rasch an ihre Grenzen gelangen.

Im Rahmen der Partnerschaft kann sich wiederum die erzwungene physische Nähe als konfliktuell bis hin zu einer Gewaltproblematik erweisen, wenn dadurch eine bestehende emotionale Distanz aufgedeckt wird. Umso wichtiger ist es, Unterstützungsangebote in Anspruch zu nehmen, wenn das innerfamiliäre Gleichgewicht zwischen Nähe und Distanz aus den Fugen gerät und die Beziehungen zwischen den Familienmitgliedern belastet sind. Über Anlaufstellen informiert beispielsweise die Homepage des Sozialministeriums. ■

## Kontakt

sabine.buchebner-ferstl@oif.ac.at

*Dieser Artikel erschien auch im Medienportal der Universität Wien (medienportal.univie.ac.at).*

## Hinweis

Zur Kritik an der öffentlichen Kommunikation über den Begriff ‚social distancing‘ siehe auch den Beitrag von Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Mazal: [www.furche.at/meinung/klartext/soziale-distanz-falsch-2545716](http://www.furche.at/meinung/klartext/soziale-distanz-falsch-2545716)

## Zur Autorin

Dr. Sabine Buchebner-Ferstl ist Psychologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Österreichischen Institut für Familienforschung an der Universität Wien (ÖIF).

# „Dreimal weinen und viermal glücklich sein“

## Rechtliche Situation von Kinderflüchtlingen und ihren Familien

VON CORINNA GEISSLER

„Dreimal in der Woche weinen, viermal in der Woche glücklich sein“, so beschreibt die 14-jährige Leyla (Name geändert) ihre emotionale Verfassung. Wie fast 90 Prozent der Kinder und Jugendlichen und sogar mehr als 99 Prozent der unmündigen Minderjährigen, die 2018 einen Asylantrag in Österreich gestellt haben, kam sie im Familienverband und befindet sich in Folge als begleiteter Kinderflüchtling im Land. Fundierte Auseinandersetzungen, die sich aus einem ganzheitlichen Ansatz heraus mit dieser Gruppe beschäftigen, fehlten in Österreich bisher gänzlich.

Im Zentrum der Studie von UNICEF Österreich und der *asylkoordination österreich* stand die Frage, inwiefern die Rechte begleiteter Kinderflüchtlinge während des Asylverfahrens in Österreich gewährleistet und geschützt werden und welchen Beitrag vorhandene Unterstützungsstrukturen zur Wahrung des Kindeswohls leisten. Für die Untersuchung wurden Expert/innen sowie Familien mit Kindern in einem offenen Asylverfahren in Oberösterreich und Wien interviewt. Drei Vergleichsdimensionen wurden für die Auswahl der Interviewpartner/innen herangezogen: Einbindung der Kinder in Bildungsstrukturen, Wohnform sowie ein Stadt-Land-Vergleich.

### Materielle Sicherheit

Aufgrund der äußerst knappen finanziellen Ressourcen, die den Familien über die Grundversorgung zur Verfügung stehen, der meist beengten Wohnverhältnisse in den Quartieren, des erschwerten Zugangs zum freien Wohnungsmarkt sowie des faktischen Arbeitsverbots stellt bereits die Deckung der Grundbedürfnisse die Familien vor Schwierigkeiten. Die Eltern können ihrer Aufgabe und ihrem Bedürfnis, ihren Kindern die bestmögliche Entwicklung zu ermöglichen, oft nicht ausreichend nachkommen. Auch die Realisierung weiterer Kinderrechte ist davon betroffen: Insbesondere das Recht auf Freizeit und Erholung ist durch fehlende Mobilität oder fehlende finanzielle Ressourcen stark eingeschränkt. Soziale Ausgrenzung kann die Folge sein. Häufig müssen informelle oder ehrenamtliche Unterstützungsstrukturen in diesen Bereichen einen Ausgleich schaffen.

### Emotionale und psychische Stabilität

Flucht- und migrationsbedingte Traumata, etwa durch belastende Erlebnisse auf der Flucht, Gewalt, Krieg, der Verlust oder die Trennung von Familienangehörigen

wirken in der Gegenwart weiter und können nur bedingt bearbeitet werden. In Österreich kommen weitere Belastungen hinzu: Die Verfahrensdauer und das lange Warten im Asylverfahren schaffen Rechtsunsicherheit. Gemeinsam mit den strukturellen Rahmenbedingungen und dem faktischen Arbeitsverbot führen diese mitunter zu Perspektivenlosigkeit und Passivierung. Die Selbstwirksamkeit der Eltern wird in Frage gestellt. Wenn zusätzlich Rückzugsräume fehlen, ist die Wahrscheinlichkeit von erheblichen Co-Belastungen der Kinder erhöht.

Die relativ hohe Adaptionskompetenz der Kinder kann zu einer Rollenumkehr innerhalb der Familie führen; Kinder nehmen dann eine Erwachsenen-Rolle ein (Parentifizierung). Dies ist vor allem problematisch, wenn Kinder dadurch in ihrem Kind-Sein eingeschränkt werden. In weiten Teilen bleiben jedoch die Eltern die ersten Ansprechpersonen für Trost und Unterstützung und werden auch von den Kindern als diese benannt – unabhängig davon, ob sie diese Aufgabe erfüllen können oder nicht.

### Entwicklung und Förderung

Neben Bildung kann der Schul- und Kindergartenbesuch Stabilität und Struktur vermitteln und nimmt für den Umgang mit psychischen Belastungen eine wichtige Funktion ein. Der Wille der Eltern, ihre Kinder zu fördern, wird sowohl in den Expert/innen- als auch in den Familieninterviews stark hervorgehoben.

Grundsätzlich werden die Schule beziehungsweise der Schulbesuch von den Familien weitgehend positiv gesehen. Ein genauerer Blick zeigt jedoch, dass die positive Bewertung häufig mit dem Engagement einzelner Personen wie Schulleitungen, Lehrpersonen oder Eltern anderer Kinder zusammenhängt. Wissen zur Lebenswelt asylwerbender Familien und Kinder steht in den Bildungseinrichtungen nicht systematisch zur Verfügung. Fehlende Ressourcen und Unterstützungspersonal tragen dazu bei, dass es oftmals nicht möglich ist, auf die spezifische Situation der Kinder einzugehen und diese ihren Bedürfnissen entsprechend zu fördern.

Nach Ende der Schulpflicht ist der Zugang zu Bildung – und somit die Verwirklichung des Rechts auf Bildung – davon abhängig, ob Jugendliche in höhere Schulen aufgenommen werden oder Plätze für Deutschkurse beziehungsweise andere Bildungsmaßnahmen



UNICEF Österreich und *asylkoordination österreich* (2019): Dreimal in der Woche weinen, viermal in der Woche glücklich sein. Zur kinderrechtlichen Situation begleiteter Kinderflüchtlinge und ihrer Familien. Wien.

erhalten. Der explizite Ausschluss von der Ausbildungspflicht trägt zusätzlich dazu bei, dass sie nicht von den damit verbundenen Angeboten profitieren können. Zugangshürden bestehen darüber hinaus auch im Bereich der Elementarpädagogik und in der schulischen Nachmittagsbetreuung.

### Körperliche Unversehrtheit und Sicherheit

Die Tatsache, dass durch die Ankunft in Österreich zumindest das Überleben gesichert ist und im Alltag sowie in der Öffentlichkeit nicht mit willkürlicher Gewalt gerechnet werden muss, führt zu einem generellen Gefühl der Sicherheit. Getrübt wird dies allerdings durch fremdenfeindliche Erfahrungen oder auch durch den öffentlichen Diskurs.

Gerade in beengten Wohnräumen und organisierten Unterkünften kann inner- und außerfamiliäre Gewalt eine Gefahr darstellen. Insbesondere größere Unterkünfte, wo viele Personen mit unterschiedlichen Hintergründen leben, oder Unterkünfte mit nicht-kindgerechter Ausstattung und inadäquaten sanitären Anlagen werden als problematisch benannt.

Im Bereich der Gesundheitsversorgung ist das zu geringe Angebot an beziehungsweise der Zugang zu psychotherapeutischer oder psychiatrischer Betreuung sowohl für Kinder als auch für die Eltern besonders problematisch. Allgemein spielen im Zugang zum österreichischen Gesundheitssystem vor allem Probleme der Verständigung eine Rolle, Dolmetschleistungen bei Arztbesuchen sind in der Praxis unzureichend. Kinderflüchtlinge leiden nicht nur unter den allgemeinen Versorgungsproblemen im Bereich der Kinder- und Jugendmedizin, es fehlt zusätzlich an systematisch zugänglichem fluchtmedizinischem Wissen.

### Partizipation und Anerkennung

Die Familien finden sich häufig in Strukturen wieder, die nicht auf soziale oder gar rechtliche Integration und Partizipation ausgerichtet sind. Das betrifft Unterbringung, lange Wartezeiten im Asylverfahren, Ausschluss von Erwerbstätigkeit und Einschränkungen in der Bildungsbeteiligung. Initiativen, die Bildungspartizipation von Jugendlichen ab 15 Jahren erleichtern, haben häufig Projektcharakter oder sind in der Zivilgesellschaft angesiedelt. Sie erreichen daher nur einen Bruchteil der relevanten Zielgruppe und Nachhaltigkeit fehlt.

Laut Artikel 12 der UN-Kinderrechtskonvention soll das Kind in alle Entscheidungsprozesse, die es betreffen, eingebunden werden. Im Asylbereich fehlt es jedoch an strukturierter kindgerechter Information bezüglich des Asylverfahrens. Die Einbindung und

die Anhörung der Meinung von begleiteten Kinderflüchtlingen wird sowohl im Asylverfahren als auch in der Rechts- und Sozialberatung sehr unterschiedlich gehandhabt. Die Expertise, um Kinder altersgerecht einzubinden, scheint nur unzureichend vorhanden.



Foto: UNICEF/UN012729/Georgiev

### Forderungen und Empfehlungen

Neben in bestimmten Bereichen notwendigen veränderten rechtlichen Rahmenbedingungen ist vor allem ein Ressourcenausbau nötig: Qualitativ hochwertige und am Kindeswohl orientierte Unterstützung beziehungsweise die Etablierung von Rahmenbedingungen, die die Rechte der Kinder schützen, gewährleisten und fördern, brauchen zusätzliches Personal, finanzielle Mittel sowie eine erweiterte Infrastruktur, die Zugang zu Unterstützung und Austausch beziehungsweise Vernetzung zwischen relevanten Akteuren begünstigt. Konkret formuliert die Studie folgende Empfehlungen:

- Etablierung kinderspezifischer Räume und familienorientierter Schutzsysteme im Beratungskontext
- Wissenssystematisierung in den Beratungs- und Unterstützungsstrukturen
- Schaffung nachhaltiger Unterstützungsstruktur im Bildungsbereich
- Stärkung der aufsuchenden und präventiv orientierten qualifizierten Sozialarbeit
- Schaffung von Voraussetzungen für verstärkte Partizipationsmöglichkeiten ■

### Kontakt

geissler@unicef.at

### Zur Autorin

MMag. Corinna Geißler studierte Internationale Entwicklung und Französisch und leitet den Bereich Kinderrechte & Advocacy bei UNICEF Österreich.

### Zur Studie

Für die empirische Untersuchung wurde ein qualitativer Ansatz gewählt: Durchgeführt wurden 22 Leitfadenterviews mit Expert/innen aus den Bereichen Bildung, Rechts- und Sozialberatung, Grundversorgung, Kindermedizin, Psychotherapie, Kinder- und Jugendhilfe und Ehrenamt. Das Herzstück der Studie bilden qualitative Interviews mit Eltern und ihren Kindern in 30 Familien im offenen Asylverfahren. Zusätzlich wurde die familiäre Rollenverteilung mit visueller Unterstützung erhoben. Ein Kurzfragebogen erhob relevante soziodemografische Daten. Die Auswertung aller Interviews erfolgte inhaltsanalytisch. Für den Stadt-Land-Vergleich wurde bei der Auswahl der Interviewpartner/innen auf eine regionale Ausgewogenheit zwischen Wien und ausgewählten Regionen in Oberösterreich gelegt.

### Literatur

UNICEF Österreich und asylkoordination österreich (2019): „Dreimal in der Woche weinen, viermal in der Woche glücklich sein.“ Zur kinderrechtlichen Situation begleiteter Kinderflüchtlinge und ihrer Familien. Wien.

Die vollständige Studie sowie die ausführliche Exekutive Summary steht auf der Website von UNICEF Österreich zum Download zur Verfügung ([www.unicef.at](http://www.unicef.at)).

## termin

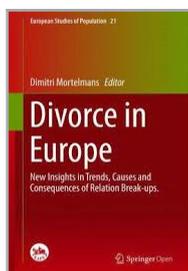
European Congress on  
Family Science

### Fachkongress für Familienforschung 2021

#### Familienforschung im Dialog mit Politik und Praxis

Der European Congress on Family Science findet von 22. bis 24. März 2021 zum sechsten Mal statt und wird zugleich mit dem 9. Kongress der internationalen Akademie für Familienpsychologie ausgerichtet. Die Schwerpunktthemen sind Partnerschaft, Elternschaft und das Wohlbefinden von Familien in sich verändernden kulturellen Kontexten. Zielgruppe sind neben Personen aus der Familienwissenschaft und -praxis auch Personen aus Politik und Medien. Veranstaltungsort wird die Ludwig-Maximilians-Universität in München sein, das ÖIF ist Mitveranstalter. Details werden auf der Kongresswebseite veröffentlicht.

**Termin:** 22. bis 24. März 2021  
**Ort:** Ludwig-Maximilians-Universität München  
**Information:** [www.familyscience.eu](http://www.familyscience.eu)



### Warum in Europa Beziehungen scheitern

#### Scheidung: Ursachen, Trends und Folgen

Scheidungsanzahlen sind in Nord- und Osteuropa hoch, in Südosteuropa vergleichsweise niedrig und Mitteleuropa liegt dazwischen. Warum ist das so – und nehmen die Scheidungen in Europa zu? Gibt es Anzeichen einer erneuten Stabilität auf dem Partnermarkt? Der Sammelband zeigt länderübergreifend die Auswirkungen von Beziehungsbrüchen auf individuelle Lebensverläufe ebenso wie die Konsequenzen für Familiennetze. Auch die Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind Thema. Dieses Open-Access-Buch ist in englischer Sprache erschienen.

**Publikation:** Mortelmans, Dimitri (Hrsg.) (2020): Divorce in Europe. New Insights in Trends, Causes and Consequences of Relation Break-ups. Springer Open: Cham (European Studies of Population, 21). ISBN 978-3-030-25837-5  
**Weblink:** DOI: 10.1007/978-3-030-25838-2



### Illusion der Chancengleichheit

#### Ergebnisse aus der kommunalen Wirkungsforschung

Wie beeinflussen soziale Ungleichheit und Armut die Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen in Kommunen? 18 Gemeinden in Nordrhein-Westfalen haben das Ziel, die Chancen für ein gelingendes Aufwachsen von jungen Menschen zu verbessern. Mit wissenschaftlicher Unterstützung der Bertelsmann Stiftung wurde ein Modellvorhaben umgesetzt: Wie wirken kommunale Präventionsketten und lassen sich damit soziale Folgekosten verringern? Basis für die Studie waren kommunale Daten wie beispielsweise Dokumentationen von Hebammen, die Kita-Beitragserfassung, Kindergartenscreenings, die Schuleingangsuntersuchung sowie Einwohnermeldedaten.

**Publikation:** Groos, Thomas; Trappmann, Carolin; Kersting, Volker; Jehles, Nora (2020): Die Illusion der Chancengleichheit. Ausgewählte Ergebnisse der kommunalen Wirkungsforschung mit Mikrodaten. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung (Arbeitspapiere wissenschaftliche Begleitforschung „Kein Kind zurücklassen!“, 13).  
**Download:** [www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de) („Publikationen – kostenlose Studien“)

## impresum

**Medieninhaber:** Österreichisches Institut für Familienforschung (ÖIF) an der Universität Wien  
1010 Wien, Grillparzerstraße 7/9 | [www.oifac.at/impresum](http://www.oifac.at/impresum) | **Kontakt:** [beziehungsweise@oifac.at](mailto:beziehungsweise@oifac.at)  
**Herausgeber:** Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Mazal | **Redaktion:** Dr. Isabella Hranek, Mag. Rudolf K. Schipfer, Irmgard Lercher Barton  
**Fotos und Abbildungen:** ÖIF (S. 1, 3) | IPU (S. 2) | UNICEF (S. 6, 7) | Springer Open, Bertelsmann Stiftung (S. 8)

Gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Arbeit, Familie und Jugend über die Familie & Beruf Management GmbH sowie der Bundesländer Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol, Vorarlberg und Wien.  
Grundlegende Richtung des Werks nach § 25 (4) MedienG:  
Diese Zeitschrift informiert über Publikationen, Projekte und Aktivitäten des ÖIF sowie über familienrelevante Themen und Studien auf nationaler und internationaler Ebene in unabhängiger, wissenschaftlicher und interdisziplinärer Form.